

---

**Für Sie in Berlin!**

**Markus Grübel MdB berichtet  
aus dem Deutschen Bundestag**



---

### Themen der Woche

---

- 1. Flüchtlingslage**
- 2. Regelung der Sterbehilfe**
- 3. Vier Schulklassen aus dem Wahlkreis in Berlin**
- 4. Gemeinsame Klausurtagung in Berlin**

#### **1. Flüchtlingslage**

Auch in dieser Sitzungswoche stand das Thema Flüchtlinge im Zentrum der politischen Arbeit! Mit Blick auf die aktuelle Lage in meinem Wahlkreis lässt auch mir persönlich das Thema gegenwärtig keine Ruhe. Viele Menschen haben angesichts der hohen Flüchtlingszahlen große Sorgen. Fast täglich erreichen mich zur Zeit Nachrichten und Anrufe besorgter Bürger.

In ihrer Regierungserklärung am vergangenen Donnerstag machte die Bundeskanzlerin deutlich, dass die Flüchtlingskrise Europa auf die Probe stellt.

*„Ich möchte, dass Europa diese gesellschaftliche, ökonomische, kulturelle und moralische Bewährungsprobe besteht“*, sagte die Kanzlerin gestern im Plenum.

Die am Mittwoch bei einem informellen Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs beschlossene Umverteilung von Flüchtlingen kann daher nur ein Anfang sein. Der EU-Kompromiss zur fairen Verteilung von 120.000 Flüchtlingen ist ein richtiger Schritt! Es muss aber ein dauerhaftes Verfahren für eine faire Verteilung der Flüchtlinge gefunden werden. Die europaweite Lastenteilung kann nur funktionieren, wenn es auch konsequente Kontrollen an den EU-Außengrenzen gebe, in Italien und

Griechenland und gegebenenfalls auch in Bulgarien.

Mit Blick auf das Treffen mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer, das ebenfalls an diesem Donnerstag stattfand, sagte die Kanzlerin, dass es nicht nur um finanzielle Fragen bei der Unterstützung von Ländern und Kommunen etwa bei der Unterbringung von Flüchtlingen gehe, sondern langfristig auch um die Eingliederung in Deutschland. Flüchtlinge müssten die Bereitschaft mitbringen, Regeln und Werte zu respektieren, die das Grundgesetz vorgibt, und die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu lernen.

Wir müssen außerdem Asylverfahren deutlich beschleunigen und die Rückführung nicht Asylberechtigter konsequent durchführen! Merkel stellte in ihrer Regierungserklärung einen Zusammenhang zwischen der Flüchtlingskrise und den globalen sozialen und ökologischen Herausforderungen her, der sich die Weltgemeinschaft an diesem Wochenende beim UN-Gipfel in New York mit der Verabschiedung neuer nachhaltiger Entwicklungsziele bis 2030 stellen will. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks seien derzeit 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, sagte Merkel. Noch immer lebten 1,3 Milliarden Menschen in extremer Armut, 800 Millionen Menschen litten Hunger. „Die Agenda 2030 kann deshalb auch als globaler

Plan für die Verringerung von Fluchtursachen verstanden werden.“

Die Bundesregierung wird bereits 2016 ein umfassendes Programm vorlegen, wie Deutschland diese Ziele umsetzen will. Wir müssen mehr Geld für Entwicklungshilfe ausgeben. Dazu gehört auch die Mobilisierung von privatem Kapital

Unser Fraktionsvorsitzende Volker Kauder nannte die Flüchtlingskrise zu Recht die „*wahrscheinlich größte Herausforderung im Nachkriegsdeutschland*“. Dabei müsse es darum gehen, jenen, die hierbleiben könnten, eine Perspektive zu geben, aber auch jenen, die zum Beispiel nicht asylberechtigt sind und aus einem als sicher eingestuften Herkunftsland kommen, zu sagen, „*dass sie in unserem Land keine Zukunft haben*“.

Über die Verringerung von Fluchtursachen ging es auch bei einem Treffen mit Bundesentwicklungsminister Gerd Müller und Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel anlässlich der gemeinsamen Klausurtagung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg und der CDU-Landtagsfraktion in der letzten Woche in Berlin. Wir müssen den Flüchtlingen in den Nachbarstaaten der Bürgerkriegsländer Syrien und Irak mehr helfen. Die Bundesregierung hat hierzu die Mittel stark aufgestockt und ist bereits seit längerem mit zahlreichen Programmen aktiv.

## 2. Regelung der Sterbehilfe

In dieser Sitzungswoche fand eine Anhörung zur Neuregelung der Sterbebegleitung in Deutschland statt. Nachdem mittlerweile vier verschiedene Gesetzesentwürfe vorliegen, wurden Experten – darunter Medizinethiker, Juristen sowie Theologen – geladen, um ihre Einschätzung zu den Gesetzestexten zu geben. Besonders gut haben mir die Ausführungen des Freiburger Theologen, Prof. Eberhard Schockenhoff zur Frage der Suizidbeihilfe gefallen. In seiner Stellungnahme hat er vor allem deutlich gemacht, dass der Respekt vor der Freiheit autonomer Lebensgestaltung der Grund dafür ist, dass unsere Rechtsordnung, obwohl sie auf dem objektiven Wertmaßstab der Achtung vor dem Leben jedes einzelnen Bürgers gegründet ist, den Suizid und die in Einzelfällen geleistete Suizidbeihilfe durch Angehörige sanktionslos hinnimmt. Wenn jedoch Suizidbeihilfe von Dritten in organisierter oder professioneller Form angeboten wird, tritt diese aus der „Sphäre des Privaten“ in den öffentlichen Raum und kollidiert mit dem Auftrag der Rechtsordnung, das Leben aller Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Schwachen und Hilfsbedürftigen, zu schützen.

Im November dieses Jahres muss der Bundestag über die vorliegenden Gesetzestexte abstimmen! Dabei wird keine Fraktionsdisziplin bestehen.

## 3. Vier Schulklassen aus dem Wahlkreis in Berlin

Über 80 Schüler aus meinem Wahlkreis besuchten mich in dieser Woche im Bundestag! Mit Schülerinnen und Schülern des Heinrich-Heine-Gymnasiums Ostfildern, der Zollberg-Realschule Esslingen und des Mörrike-Gymnasiums Esslingen diskutierte ich über aktuelle Themen wie die EU-Osterweiterung, die Bundeswehr und ihre Ausrüstung sowie die Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland und der Europäischen Union.



Markus Grübel mit Schülern des Heinrich-Heine-Gymnasiums Ostfildern

Die Schüler interessierte im Zusammenhang mit dem Thema Flüchtlinge vor allem die Frage, wie man gezielter die Fluchtursachen bekämpfen kann. Ich kann gut verstehen, dass gerade für junge Menschen die aktuelle Flüchtlingslage ein zentrales Thema ist! Denn sie sind die Zukunft unseres Landes und wollen hier leben und arbeiten.



Markus Gröbel mit Schülern der Zollberg- Realschule Esslingen

Neben aktuellen politischen Themen habe ich mit den Schülern auch allgemeine Fragen zur Politik und dem Beruf des Politikers erörtert.



Markus Gröbel mit Schülern des Mörike-Gymnasiums Esslingen

#### 4. Gemeinsame Klausurtagung in Berlin

In der letzten Woche kamen die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag und die CDU-Landtagsfraktion zu einer gemeinsamen Klausurtagung in Berlin zusammen. Dabei stand vor allem das Thema Flüchtlingspolitik im Vordergrund. Mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde über Möglichkeiten gesprochen, wie mit dieser großen Herausforderung umzugehen ist. Die Landesgruppe und die Landtagsfraktion haben dazu einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, den die Vorsitzenden Thomas Strobl und Guido Wolf in Berlin vorstellten. Die wichtigsten Punkte im Überblick:

Die wichtigsten Punkte im Überblick:

**Unverzüglich weitere sichere Herkunftsstaaten benennen**

**Fehlende zwischenstaatliche Solidarität beim Flüchtlingsschutz sanktionieren**

**Unterbringungsinfrastruktur flächendeckend koordinieren**

**„Notunterbringungen“ in Kommunen vermeiden**

Die gemeinsame Erklärung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag und der CDU-Fraktion im Landtag von Baden Württemberg füge ich als Anlage dem Infobrief bei!